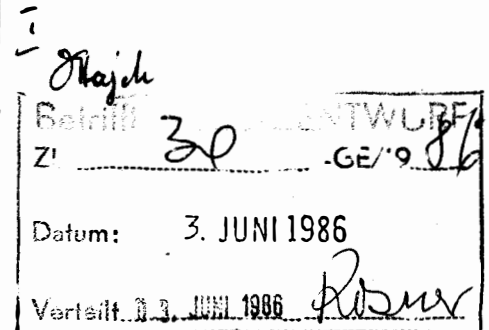
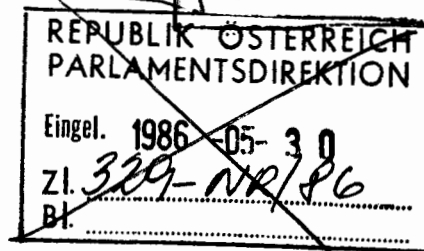


BUNDESKONFERENZ DES
WISSENSCHAFTLICHEN
UND KÜNSTLERISCHEN
PERSONALS
DER ÖSTERREICHISCHEN
UNIVERSITÄTEN UND
KUNSTHOCHSCHULEN

Wien, 1986 05 27
A-89-70/51-86
80/1

An den
Sozialausschuß des Nationalrates

Dr.Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien



Betreff: Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren!

In der Beilage übermitteln wir Ihnen ein Schreiben der Bundeskonferenz
des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Bundesminister
für soziale Verwaltung, Herrn Alfred DALLINGER bezugnehmend auf die
Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Mit freundlichen Grüßen

Univ.Ass.Dr.B. Bolognese-Leuchtenmüller e.h.
(Generalsekretärin)

Univ.Doiz.Dr.H. Hofer-Zeni e.h.
(Vorsitzender)

F.d.R.d.A.:

Beilage

K o p i e

An den
Bundesminister für
soziale Verwaltung
Herrn Alfred DALLINGER

Stubenring 1
1010 Wien

BUNDESKONFERENZ DES
WISSENSCHAFTLICHEN
UND KÜNSTLERISCHEN
PERSONALS
DER ÖSTERREICHISCHEN
UNIVERSITÄTEN UND
KUNSTHOCHSCHULEN

Wien, 1986 05 23
A-89-70/51-86
80/1

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Wie die Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals erfahren hat, steht eine Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Begutachtungsverfahren und wird demnächst dem Parlament vorgelegt werden. Obwohl in dieser Novelle unter anderem auch die Unterstellung der Hochschulassistenten unter die Arbeitslosenversicherung vorgesehen ist, wurde dieser Entwurf entgegen der Bestimmung des § 106 Abs. 5 UOG nicht der Bundeskonferenz zur Begutachtung zugeleitet. Gegen diese Vorgangsweise muß entschieden Protest eingelegt werden.

Zum Inhalt der die Hochschulassistenten betreffenden Regelung ist folgendes zu bemerken:

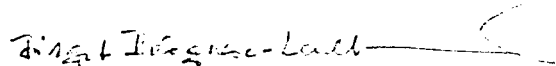
Es ist zwar richtig, daß die Interessenvertretungen der Hochschulassistenten, darunter auch die Bundeskonferenz, mehrmals auf die untragbare Situation mancher arbeitslos werdender Hochschulassistenten hingewiesen haben. Es handelt sich um jene Hochschulassistenten, die entweder vor ihrer Tätigkeit als Hochschulassistent Vertragsassistenten waren oder die während ihrer Tätigkeit als Hochschulassistent zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs Lehraufträge übernommen haben. Damit fallen sie automatisch aus der nur subsidiär gewährten Überbrückungshilfe nach dem Überbrückungshilfegesetz und beziehen nach Maßgabe der genannten oft weit zurückliegenden Vertragsassistentenlohnung oder der Nebeneinkünfte als Lehrbeauftragter, ein Arbeitslosengeld, das weit unter dem Existenzminimum und im Gegensatz zu anderen Arbeitnehmern in keiner Relation zum zuletzt erzielten Einkommen steht.

Die in der Novelle vorgesehene Abhilfe ist aber nicht annehmbar. Hochschulassistenten stehen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, sie sind Beamte auf Zeit. Durch deren Einbeziehung in die Arbeitslosenversicherung werden sie gegenüber den anderen Beamten ungleich behandelt. Die in der geplanten Novelle nur für Hochschulassistenten vorgesehene Belastung mit einem Arbeitslosenversicherungsbeitrag führt für diese Gruppe zu einem Reallohnverlust, als einzige Beamtengruppe würden sie zu einem Solidaritätsoffer für die Arbeitslosenkasse verpflichtet.

/2

Die Interessenvertretung der Hochschulassistenten hatte bei ihrer Forderung immer eine Anpassung des Überbrückungshilfegesetzes im Auge. Die Bundeskonferenz fordert daher, daß im Entwurf im § 1 Abs. 2 lit. b AIVg in der 6. Zeile das Zitat "§ 5 Abs. 1. Z. 3" um den Ausdruck "und 4" ergänzt wird.

Mit dem Ausdruck der
vorzüglichen Hochachtung



Univ.Ass. Dr.B.Bolognese-Leuchtenmüller
(Generalsekretärin)



Univ.Doiz.Dr.H. Hofer-Zeni
(Vorsitzender)

Ergeht in Abschrift an: Sozialausschuß des Nationalrates
Bundesminister f. Wiss.u.Forschung, Herrn Dr.H.FISCHER
Gewerkschaft öffentlicher Dienst
Gewerkschaft Sektion Hochschullehrer
Assistentenverband

: K a n z l e i a u f t r a g

Beim gegenständlichen Einlaufstück handelt es sich offenbar um die übliche Abgabe einer Stellungnahme im Begutachtungsverfahren. Das Einlaufstück samt einer Kopie der Stellungnahme ist im Akt einzulegen, die restlichen Kopien sind an Herrn OK Pruckner zwecks üblicher Verteilung solcher Stellungnahmen weiterzuleiten (hiebei ist eine Kopie des Begleitschreibens zur Information von Herrn OK Pruckner beizufügen).

Wien, 1986 06 02

Drk

(OR Dr. Hajek)

v. H.:

Herrn

PKD Strod

zur Kenntnisnahme und
weiteren Veranlassung

ir. Kouranf 3.6.86